



Bundes- tags- brief

Nr. 142 • Die Woche im Bundestag • 17.01.2014



DEUTSCHER BUNDESTAG

**Prof. Monika
Grütters, MdB**

Tel.: 030/227 70222

Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@
bundestag.de

www.monika-gruetters.de

Kurs halten für Deutschland

Mit der Konstituierung der Fraktionsgremien und Ausschüsse in dieser Woche hat endlich die richtige Parlaments- und Regierungsarbeit der Großen Koalition begonnen. Jetzt geht es darum, die im Koalitionsvertrag vereinbarten gemeinsamen Projekte anzugehen und das Land voranzubringen. Wir haben genug gemeinsame Aufgaben vor uns und müssen deswegen nicht nach neuen Streitpunkten suchen.

Als Bundesregierung werden wir nun zeitnah das große Rentenpaket mit der Mütterrente, der abschlagsfreien Rente mit 63 nach 45 Beitragsjahren sowie die Verbesserung bei der Erwerbsminderungsrente auf den Weg bringen.

Die Mütterrente ist eine große Aufgabe, von der neun Millionen Mütter oder Väter betroffen sind, deren Kinder vor 1992 geboren wurden. Für die Umsetzung braucht die Rentenversicherung Zeit. Wir werden gesetzlich regeln, dass die verbesserte Mütterrente notfalls rückwirkend zum 1. Juli 2014 – so wie im Koalitionsvertrag vereinbart – gezahlt wird.

Bei der abschlagsfreien Rente mit 63 bleibt es dabei, dass 45 Beitragsjahre Voraussetzung sind und maximal fünf Jahre als Zeiten der Arbeitslosigkeit angerechnet werden.

Schulische Bildung in Deutschland: Besser und gerechter

Die fünfte PISA-Studie ergibt: Die Leistungen der deutschen Schüler haben sich in allen drei geprüften Bereichen – Mathematik, Lesefähigkeit und Naturwissenschaften – deutlich verbessert. Die Ergebnisse liegen mittlerweile über dem OECD-Durchschnitt. Gleichzeitig ist der Anteil leistungsschwacher Schüler stetig gesunken und liegt nun unter dem Durchschnitt der OECD.

Besonders hervorzuheben ist, dass sich auch die Leistung der Schüler mit Migrationshintergrund verbessert hat. Ebenso ist der Zusammenhang von schwieriger sozialer Herkunft und schwacher Schülerleistung eindeutig zurückgegangen.

Wir können festhalten: die PISA-Vergleichsstudie belegt eindrucksvoll, dass die zahlreichen Reformen seit 2000, dem Jahr des sogenannten PISA-Schocks, positive Auswirkungen hatten.

Die Union ist die Europapartei

Die Personenfreizügigkeit ist als eine der Grundfreiheiten der Europäischen Union ein Wesenselement im gemeinsamen Binnenmarkt.

Wir brauchen in Deutschland auch Zuwanderung qualifizierter Arbeitskräfte für unsere wachsende Wirtschaft. Dies alles war nie bestritten.

Richtig ist aber auch, dass die Zahl der Zuwanderer aus Rumänien und Bulgarien, die nach Deutschland gekommen sind und Sozialleistungen erhalten, gestiegen ist. Nach Angaben des BMAS beziehen rund zehn Prozent der hier lebenden Rumänen und Bulgaren Leistungen nach Hartz IV.

So sind und waren die Regelungen zur Personenfreizügigkeit der EU nicht gedacht. Dort heißt es ganz klar: Keine Zuwanderung in die Sozialsysteme. Daher ist es richtig, dass die Bundesregierung zu Beginn dieser Woche einen Staatssekretärsausschuss eingesetzt hat, der sich mit der Thematik befasst und Lösungen für die in etlichen Städten vorhandenen Probleme mit Armutsmigration vorschlagen wird.

Es ist auch keinesfalls so, dass unser Schulsystem im internationalen Vergleich besonders sozial selektiv sei, wie es zuweilen behauptet wird – im Gegenteil.

Ergänzende Studien weisen darüber hinaus auf, dass in Deutschland unionsgeführte Länder wie Sachsen, Thüringen oder Bayern besonders gut abschneiden. Diese erfreulichen Rahmendaten weisen neben der Leistungsbereitschaft unserer Schüler auch den Erfolg unserer Bildungspolitik in den Ländern nach.

Politischer Jahresauftakt.

In ihrer traditionellen Klausurtagung in Wildbad Kreuth hat die CSU-Landesgruppe eine Reihe wichtiger Beschlüsse gefasst und in insgesamt acht Positionspapieren konkrete Politikansätze formuliert.

Im Zentrum standen hierbei die Kommunen, deren zukunftsfeste Entwicklung ein wichtiges Anliegen der Union ist. Die Reform der Eingliederungshilfe dient auch diesem Ziel. Weiter hat die Landesgruppe die Rente mit 67 bekräftigt, auch mit Blick auf vereinbarte Möglichkeiten für eine abschlagsfreie Rente mit 63 Jahren.

Mit neuen Ideen zur Innovationsförderung, zur Energiepolitik oder zum Breitbandausbau widmete sich die Landesgruppe wichtigen Zukunftsthemen unseres Landes.

Weiter spricht sich die Landesgruppe für ein Europa in Freiheit, Sicherheit, Regionalität und Bürgernähe aus. In ihrem Beschluss zur Zwangsprostitution stellte sie den Schutz der betroffenen Frauen in den Mittelpunkt.

Die traditionelle Klausurtagung des CDU-Vorstandes musste leider in den Februar verschoben werden. Wir wünschen unserer Bundeskanzlerin auch von dieser Stelle gute Besserung und rasche Genesung.

Einzelhandelsumsatz nahm 2013 zu

Das Statistische Bundesamt schätzt auf der Grundlage der Zahlen von Januar bis November 2013, dass der Einzelhandelsumsatz im Jahr 2013 nominal zwischen 1,6 % und 1,8 % und inflationsbereinigt um 0,3 % bis 0,5 % zugenommen hat.

Nach vorläufigen Ergebnissen wurde im Einzelhandel im November 2013 nominal 2,6 % mehr umgesetzt als im November des Vorjahres. Dabei lag die Anzahl der Verkaufstage sowohl im November 2012 als auch im November 2013 bei 26. Der Einzelhandel setzte im November 2013 im Vergleich zum Vorjahresmonat nominal 4,1 % mehr an Lebensmitteln, Getränken und Tabakwaren um. Bei Nicht-Lebensmitteln stieg der Umsatz um nominal 1,4 %.

Während in Supermärkten, SB-Warenhäusern und Verbrauchermärkten der Umsatz nominal 4,4 % höher lag als im November 2012, konnte im Facheinzelhandel nur eine geringe Steigerung von nominal 0,2 % gemessen werden.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

Zahl der Erwerbstätigen erreicht weiteres Rekordhoch

Im Jahr 2013 waren durchschnittlich 41,78 Millionen Personen in Deutschland erwerbstätig, das entspricht einem Plus von 232.000 Personen oder 0,6 % im Vergleich zum Vorjahr. Die Zahl der Erwerbstätigen erreicht somit im siebten Jahr in Folge einen neuen Höchststand. Allerdings hat sich der Arbeitsplatzaufbau 2013 im Vergleich zu den Vorjahren insgesamt verlangsamt.

Nach vorläufigen Schätzungen sank die Zahl der Erwerbslosen um 36.000 Personen auf 2,3 Millionen, was einer Erwerbslosenquote von 5,2 % im Jahresdurchschnitt entspricht. Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte haben wie schon in den Vorjahren überproportional von den positiven Entwicklungen am Arbeitsmarkt profitiert.

Die Zahl der Arbeitnehmer stieg um 0,8 % oder 297.000 Personen auf insgesamt 37,29 Millionen. Im Vergleich dazu sank die Zahl der Selbständigen, einschließlich mithelfender Familienangehöriger um 65.000 Personen auf 4,48 Millionen.

Im Jahresdurchschnitt wuchs die Zahl der Erwerbstätigen in den Dienstleistungsbranchen um 227.000 Personen, den größten Anteil hatten die unternehmensnahen Dienstleistungen, mit einem Anstieg von 122.000 Erwerbstätigen.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)